



<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2021/4700-R5</b>
Federführend: 5 Referat für Klima, Mobilität und Soziales		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	13.09.2021
		Referent:	Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
<b>Substitution in Bamberg</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
29.09.2021	Stadtrat der Stadt Bamberg	Entscheidung	

## I. Sitzungsvortrag:

In einem überfraktionellen Antrag vom 17.05.2021 wurde die Stadt Bamberg aufgefordert, ein Substitutionsangebot für die betroffenen Menschen zu schaffen.

Durch die Ermittlungen gegen eine Ärztin aus der Region, die bisher ein Substitutionsangebot vorgehalten hat und die damit verbundene Praxisschließung, ist vor Ort eine Versorgungslücke entstanden, die für Betroffene schwere Konsequenzen im Hinblick auf therapeutische Erfolge zur verlässlichen Substitution nach sich zieht.

Eine Substitutionsambulanz ist eine wissenschaftlich evaluierte Maßnahme der Suchttherapie. Sie dient der Substitution von heroinabhängigen Patienten durch die tägliche Verabreichung der opioidergen Ersatzdroge Polamidon und vergleichbarer Opiatersatzstoffe unter kontrollierten Bedingungen. Die Substitutionsbehandlung ist ein symptomatischer und kein kurativer therapeutischer Ansatz. Die Einrichtung einer Substitutionsambulanz in Bamberg ist grundsätzlich medizinisch machbar, wenn sie in eine substanzübergreifende Suchtambulanz mit interdisziplinärer psychosoziotherapeutischer Betreuung eingebettet ist und eine Beikonsumentgiftung und Stabilisierung in einer stationären Entgiftungs- und Entwöhnungsstation der Sozialstiftung Bamberg erfolgen kann.

Bereits im Jahr 2013 hat sich die Sozialstiftung für ein Konzept zur Einrichtung einer Substitutions- und Suchtambulanz stark gemacht. Bisher wurden dafür im Rahmen der Errichtung des vierten Betten-turms vier Entgiftungsbetten in der Intermediacarestation im Klinikum am Bruderwald eingerichtet. Seit kurzem fehlt zudem ein/e niedergelassene/r Arzt/Ärztin, die die ambulante Substitutionstherapie durchführt.

Die Sozialstiftung hat in den vergangenen Monaten gemeinsam mit dem Sozialreferat der Stadt Bamberg, dem Gesundheitsamt, der Polizei und dem Immobilienmanagement eine geeignete Örtlichkeit gefunden, die ein verlässliches Substitutionsangebot schaffen kann und dadurch auch illegalen Drogenkonsum in der Region einschränkt. Dieser im Umgriff des Bahnhofs befindliche Standort in der Ludwigstraße wurde zuletzt als Asylunterkunft genutzt und steht derzeit leer. Teile des Gebäudes können dabei für eine Substitutionspraxis ertüchtigt werden. Der Aufbau eines Substitutionsangebots an dieser Stelle wurde von Seiten der Stadtverwaltung bereits mit dem ansässigen Bürgerverein besprochen, dabei wurden keine Einwände geltend gemacht. Gleichzeitig ist die Kassenärztliche Vereinigung

Bamberg durch Gespräche in die Konzeptionierung eingebunden.  
Die Sozialstiftung Bamberg erwirbt in diesem Zug die für die Erfüllung der ambulanten Versorgung notwendigen Kassenzsitze.

Nach einer Zustimmung zur Umsetzung durch den Bamberger Stadtrat können vertragsrechtliche Gegenstände zur Vermietung und Umsetzung zwischen den Akteuren vereinbart werden.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt vom Sitzungsvortrag Kenntnis.
2. Der Stadtrat begrüßt die Schließung der Versorgungslücke in der Substitution und beauftragt die Stadtverwaltung mit der weiteren Umsetzung und Vermietung in Kooperation mit der Sozialstiftung Bamberg.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

x	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

## Anlage:

Interfraktioneller Antrag vom 17.05.2021

## Verteiler:

Referat 1

Referat 3

Referat 5

Referat 5 – BL

Amt 52

Sozialstiftung Bamberg – Herrn Vorstand Frauenknecht

An Herrn Oberbürgermeister  
der Stadt Bamberg  
Herrn Andreas Starke  
Rathaus am Maxplatz  
96047 Bamberg

## **Interfraktioneller Antrag Substitution**

Bamberg, 17.05.2021

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

im Zuge eines fraktionsübergreifenden Antrags beantragen wir:

- 1. Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Stand der Substitution in der Stadt Bamberg durch niedergelassene Praxen und die Klinik/Sozialstiftung**
- 2. Die Stadt Bamberg richtet - ggf. über die Sozialstiftung Bamberg - eine Behandlungsform im Rahmen der kassenärztlichen Substitution für betroffene Menschen ein oder erweitert ein evtl. bestehendes Angebot u.a. mit festen Anlaufzeiten z.B. angegliedert an die Tagesklinik des Klinikums.**
- 3. Die Verwaltung berichtet spätestens Ende 2021 im zuständigen Fachsenat.**

Begründung:

Auch im Raum Bamberg gibt es - wie überall in Deutschland - Menschen, die an Betäubungsmittelsucht leiden und deswegen sich in das sogenannte Substitutions-Programm der Krankenkassen begeben, um durch ausweichende Mittel (=Substitutionsmittel) von der Sucht los zu kommen und sich aus der kriminellen Szene zu lösen. Mittlerweile gibt es seit Kurzem keine/n niedergelassene/n Arzt/Ärztin mehr in Bamberg, der/die das Substitutionsprogramm durchführt. Unserer Kenntnis nach befindet sich die nächste Substitutionspraxis in der Stadt Nürnberg, was die Betroffenen vor eine finanzielle und zeitliche Herausforderung stellt und viele scheitern lässt. Aus unserer Sicht gehört es zur Fürsorgepflicht der Stadt, auch für diese Menschen zu sorgen und ihnen zu helfen - auch aus polizeilich-präventiven und sozialen Gesichtspunkten. Laut dem zuständigen KOK Hoh bei der KPI Bamberg und eigener Kenntnis gibt es in Bamberg ca. 25 betroffene Personen, von denen ein Teil ohne Substitution vor Ort evtl. wieder in die Kriminalität abrutschen könnte. Dabei bitten wir auch zu beachten, dass keine Räume an von der Betäubungsmittel-Szene stark frequentierten Örtlichkeiten genutzt werden (z.B. Bahnhof), um die betroffenen Personen nicht unnötig mit der Szene zu konfrontieren, da sie sich ja meist gerade von dieser lösen wollen. Eine Angliederung an die (Tages)Klinik erscheint uns schon wegen des dortigen Knowhows und relativ geringen Aufwands sinnvoll. Für niedergelassene Ärzte ist die Substitution wohl - so wurde es uns geschildert - insbesondere nicht lukrativ. Daher sehen wir ein schnelles Tätigwerden der Stadt als notwendig an.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Kurz (Stadtrat Grünes Bbg)

gez. Leonie Pfadenhauer (Stadtrat Grünes Bbg)

gez. Dr. Ursula Redler (Stadträtin CSU/BA)

gez. Stefan Kuhn (Stadtrat CSU/BA)

gez. Felix Holland (Stadtrat SPD)

gez. Dr. H.-G. Brünker (Stadtrat Volt/ÖDP/BM)

gez. Stephan Kettner (Stadtrat BaLi)